

MACH' MEINEN
KUMPEL
NICHT AN!

Mach'
meinen
Kumpel
nicht
an!

**AKTIV
FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT**

JULI/AUGUST 2018

International aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung

Diskussionsrunde mit der Gelben Hand und Jugendlichen aus dem Kosovo in Düsseldorf

Mitte Juli kam eine 15-köpfige Delegation aus dem Kosovo auf Einladung des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in die Landeshauptstadt Düsseldorf. Es handelte sich um zivilgesellschaftlich engagierte Jugendliche, die die Politische Akademie der FES in Prishtina durchlaufen hatten. Ziel ihres Aufenthalts war es, sich im Laufe der Woche einen Überblick über aktuelle politische Debatten in Deutschland zu verschaffen, sich über die Arbeit verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure zu informieren und Ideen zu sammeln, um die politische Teilhabe im Kosovo zu stärken. Im Zuge dessen fand auch eine Diskussionsrunde mit unserer Geschäftsführerin Dr. Claudia Tietze statt. Es entwickelte sich ein spannender und fruchtbarer zweistündiger Austausch über die Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung in Deutschland und im Kosovo.

Zunächst stellte Tietze die Aktivitäten des Kumpelvereins vor, um anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, wie betriebliche und gesellschaftliche Antirassismus-Arbeit umgesetzt werden kann. Die junge Delegation war sehr an den Erfahrungswerten interessiert, denn Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten ist auch im Kosovo ein gesellschaftliches Problem. Rund 2 Millionen Menschen leben

im Kosovo, das seit dem Ende des Jugoslawien-Kriegs 1999 unter der Verwaltung der Vereinten Nationen steht, rechtlich jedoch als autonome Provinz weiter zu Serbien gehört. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung – rund 90 Prozent – gehört zur Volksgruppe der Kosovo-Albaner, etwa fünf Prozent sind Serben. Darüber hinaus leben im Kosovo Türken, Bosniaken, Goraner, aber auch die marginalisierten Gruppen der Roma, Ashkali oder der Balkan-Ägypter. Die Jugendlichen sahen hier in den vorherrschenden Vorurteilen und Ressentiments eine Ursache für die soziale Ausgrenzung dieser Gruppen, die stark von Armut betroffen sind. Dies wirkte sich auch in der Arbeitswelt, zum Beispiel bei Bewerbungen, aus, wo oftmals die Hautfarbe ein Ausschlussmerkmal darstellte. Daher, so das Fazit der Delegation, sei es wichtig gewesen, sich mit der Gelben Hand über die politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu informieren, wie man die Gesellschaft für diese Themen sensibilisieren und so Diskriminierung abbauen könne. „Es war eine sehr informative Diskussion, vor allem der Einblick in die Problemlagen Kosovos. Wichtig war es, den Jugendlichen anhand der Arbeit des Kumpelvereins Beispiele und Instrumente im Kampf gegen Rassismus mit an die Hand zu geben“, betonte Claudia Tietze, „in ganze Europa erleben wir ein Erstarren rechter, nationalistischer Kräfte, umso bedeutender ist der internationale Austausch mit engagierten, jungen Menschen!“



Delegation aus dem Kosovo im NRW-Landesbüro der FES. (Foto: FES NRW)

Demokratie unter Druck

Die Gelbe Hand beim Springer Dialog in der HVHS Springe

Am 15. und 16. Juni fand im Bildungs- und Tagungszentrum Springe der alljährliche Springer Dialog statt. Die zweitägige Konferenz, die stets als Plattform des Austausches zwischen der SPD und den Gewerkschaften fungieren soll, befasste sich in diesem Jahr mit dem Thema „Demokratie unter Druck? – Rechtspopulismus in Politik und Betrieb“. Neben dem Gelbe-Hand-Stand, der durch die aktiven Hannoveraner Fördermitglieder betreut wurde, war in diesem Jahr die Gelbe Hand, vertreten durch Redakteur Marco Jelic, eingeladen, um einen Vortrag auf der Tagung zu halten. In seiner Begrüßung erklärte Wolfgang Jüttner, Vorsitzender des Vereins HVHS Springe und

ehemaliger niedersächsischer Umweltminister, dass die politischen Entwicklungen der letzten Jahre, der Rechtsruck und die Verschiebung der Debattenkultur, aber auch die vermehrte Zuwendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu rechtspopulistischen Parteien, der Grund waren, dieses Thema zu wählen. Am ersten Tag fanden wissenschaftliche Einordnungen zum Themenkomplex Rechtspopulismus statt, auch bezogen auf die Strategien in den digitalen, sozialen Medien. Am zweiten gab es dann praktische Einblicke: Zunächst in die Arbeit der AfD im thüringischen Parlament durch einen Bericht des SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Steppuhn, bei dem deutlich wurde, dass die AfD nicht inhaltlich arbeite, sondern vor allem provoziere. Gelbe-Hand-Redakteur Marco Jelic behandelte im Anschluss die Frage, wie Gewerkschaften bei zunehmendem Druck von rechts ihren gesellschaftspolitischen Anspruch sichern könnten. „Gewerkschaften sind niemals apolitisch, wir sind eine demokratische, wertebasierte Solidargemeinschaft. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – diese Werte gilt es im Alltag wieder stärker erfahrbar zu machen und



Gelbe Hand-Redakteur Marco Jelic beim Springer Dialog in der HVHS Springe

mit Leben zu füllen!“, betonte Jelic. Es brauche in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit mehr Demokratiebildung und auch in der öffentlichen Wahrnehmung gelte es den gesellschaftspolitischen Aspekt zu stärken – beispielsweise durch positive Symbole wie die Gelbe Hand. Zum Abschluss berichtete Roland Schäfer, IG Metall-Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim ganz konkret über den Umgang im Werk mit den rechten Betriebsräten vom Zentrum Automobil. „Die eigene, gute Betriebsratsarbeit ist das beste Mittel gegen rechte Listen“, erklärte der IG Metalller. Insgesamt ging von der Tagung ein kämpferisches Signal aus – die Demokratie ist unter Druck, doch es gibt viele Kräfte in der Gesellschaft, die sie verteidigen.



Tagebuch einer verpassten Chance

Interview mit Mehmet Daimagüler, NSU-Opferanwalt, zum NSU-Prozess

Über 10 Jahre zog der rechtsextreme Nationalsozialistische Untergrund mordend, raubend und brandschatzend durch das Land. 9 Menschen mit ausländischen Wurzeln und eine deutsche Polizistin töteten sie. Das Motiv: Rassismus und rechtsextreme Ideologie. Nach 438 Verhandlungstagen des Jahrhundertprozesses wurde am 11. Juli das Urteil vom Oberlandesgericht München gegen die Hauptangeklagte Beate Zschäpe und vier Unterstützer des NSU verkündet. Die Gelbe Hand sprach exklusiv mit dem Anwalt zweier Opferfamilien, Mehmet Daimagüler. Er hat den Prozess fünf Jahre intensiv begleitet. Ein Gespräch über staatliches Versagen, institutionellen Rassismus und der Gefahr für unsere Demokratie durch Rassismus und Nationalismus.

Herr Daimagüler, das Urteil ist gefällt. Die Angeklagten haben harte Strafen erhalten. Beate Zschäpe wurde für die 10 Morde zu lebenslanger Haft verurteilt. Sind Sie froh, dass es ein Urteil gibt oder hätte man aus ihrer Sicht noch weiter machen müssen, noch tiefgreifender recherchieren müssen?

Ich hätte kein Problem damit gehabt, wenn das Verfahren noch weiter gegangen wäre, aber wir haben seit eineinhalb Jahren keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Wir erlebten überwiegend prozessuale Spielchen mancher Verteidiger. Was wir in diesem Verfahren herausbekommen konnten, haben wir herausbekommen, mehr war unter den gegebenen Umständen nicht drin. Deswegen konnte es jetzt zu Ende gehen. Das Urteil war sicherlich in mancherlei Hinsicht nicht Zufrieden stellend, man denke an die milden Strafen für die Angeklagten Wohlleben und Eminger. Wir werden aber die juristische und politische Aufklärung auf anderen Ebenen weitertreiben.

Hat der Prozess die wesentlichen Aspekte des NSU-Komplexes dargelegt?

Das Verfahren ist keine Farce, wie ich manchmal lese. In diesem Verfahren ist gelungen, die Schuld von immerhin fünf Angeklagten nachzuweisen. Das ist gewiss kein geringes Verdienst. Aber: Die großen Fragen wurden nicht beantwortet. Fragen nach der Rolle von Verfassungsschutzbehörden und V-Leuten. Die Frage nach der wirklichen Größe des NSU. Diese Trio-These der Bundesanwaltschaft ist einfach Humbug.

Es gab also ein weitaus größeres Unterstützerumfeld?

Nicht nur Unterstützer, wir müssen davon ausgehen, dass es auch weitere Mittäter gab, nicht nur Leute, die geholfen haben. Eine andere offene Frage ist die nach institutionellem Rassismus. Auch diese Frage bekam nicht den Raum, den sie verdient hätte. Das sind große Fragen. Das bedauerliche ist nicht nur, dass diese Fragen nicht beantwortet wurden, sondern dass von Seiten des Staates vertreten durch die Generalbundesanwaltschaft oft schon das Stellen dieser Frage torpediert wurde.

Warum glauben Sie war kein vertiefter Wille zur Aufklärung da?

Wir sehen einfach, dass die Aufklärung nur so weit reichte, wie es für den Staat nicht heikel wurde. Überall da, wo es für den Staat heikel wurde, wurde er schmallippig. Wenn wir die Frage stellen, welche Rolle haben V-Leute gespielt oder wie groß war der NSU wirklich, dann

sind die Fragen eng miteinander verbunden. Wir haben im Prozess über 24 Leute gehört, die mit dem NSU in Kontakt standen und ihm mit Waffen und Geld geholfen haben. Die politische Brisanz ergibt sich aus einem anderen Aspekt: Je größer der Kreis der Mittäter und Beihelfer, umso sicher stolpern sie über V-Leute. Ich vermute, dass dann Fragen wie Staatsräson, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt eine Rolle spielen. Wie würden wir denn dastehen, wenn feststeht, dass mit Staatsgeldern eine Schusswaffe finanziert wurde? Wie stünden wir da, wenn festgestellt würde, dass manche Verfassungsschutzbehörden genau wussten, wo die Untergetauchten stecken? Das sind heikle Fragen. Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt zu schützen, die Staatsräson, dies kollidiert nicht nur mit der Strafprozessordnung, sondern auch mit dem Aufklärungsversprechen der Bundeskanzlerin.

Welches Signal kann von diesem Urteil ausgehen, viele sprachen im Vorfeld von historischer Bedeutung?

Meine Bewertung ist: Dieses Verfahren ist das Tagebuch einer verpassten Chance. Ein Strafverfahren hat einen übergeordneten Sinn: Die Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Den Rechtsfrieden stellt man nicht dadurch her, dass man jemanden verurteilt, sondern indem man demonstriert, dass der Staat willens ist, alles Relevante aufzuklären. Das ist keine Idee von wilden Anwälten, sondern das, was die Rechtsphilosophie seit 200 Jahren sagt. Das ist das, was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt. Wenn eine Tat einen politischen Bezug hat, wenn eine ungeklärte Rolle staatlicher Organe im Spiel ist, dann muss viel mehr aufgeklärt werden. Das ist nicht getan worden, daher: Verpasste Chance, leider.

Wurde den Opfern und deren Perspektive genug Gehör geschenkt? Direkt nach der Tat standen falsche Vermutungen im Raum, die Opfer hätten Verbindungen in das kriminelle Milieu gehabt. Wurde das aufgegriffen? Ist das im Kern der institutionelle Rassismus, den sie meinen?

Das Gericht hat sich Mühe gegeben, den Opfern Raum zu geben. Aber bei den entscheidenden Stellen, wo es dem Staat zu heikel wurde, hat die Bundesanwaltschaft Fragen torpediert. Und das Gericht ist dem häufig gefolgt. Wenn ich hingehe und einen Polizeibeamten frage, warum nach dem Mord an dem Vater meiner Mandantin sofort Drogenspürhunde eingesetzt wurden, hat die Bundesanwaltschaft sofort diese Frage beanstandet und ich musste dann um jedes Wort kämpfen. Lassen sie mich erklären, was institutioneller Rassismus bedeutet. Institutioneller Rassismus bedeutet nicht, dass jeder, der in einer Behörde arbeitet Rassist ist. Es bedeutet lediglich, dass es in einer Behörde oder in einer Institution, geschriebene und ungeschriebene Regeln gibt, Dinge, die man schon immer so getan hat, Abläufe, mündliche Anweisungen, ein Betriebsklima, dass dazu führt, dass bestimmte Menschen regelmäßig schlechter behandelt werden als andere Menschen. Das ist ganz wichtig: Wir müssen bei institutionellem Rassismus nicht anfangen, nach „Hardcore-Rassisten“ in der Behörde zu suchen, oder nach Nazis. Wir müssen schauen, ob es ein Regelwerk gibt,



© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Birlikte_-_Podiumsdiskussion-0502.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

dass die Ungleichbehandlung von Menschen begünstigt oder befördert. Das ist die Definition von institutionellem Rassismus. Einer der Beamten, den ich kritisch befragt habe, kam in der Pause zu mir und sagte: Ich bin doch kein Nazi, ich habe mein Leben lang SPD gewählt. Ich antwortete: Es hat Sie auch niemand als Nazi bezeichnet. Die Frage war, warum Sie von Sekunde eins an davon ausgingen, dass der Tote ein Krimineller ist. Ich nenne das „Post-mortales Racial Profiling“. Racial Profiling, das anlasslose Kontrollieren von Menschen, bedeutet nichts anderes, als dass man einen Menschen allein wegen seines Aussehens, wegen der Helligkeit oder Dunkelheit seiner Hautfarbe ein höheres kriminelles Risiko zuschreibt als anderen. Und bei den Toten hat es man es genauso gemacht. Er sah nicht aus wie Herr Müller und hieß auch nicht Herr Müller, also ging man davon aus, dass ein krimineller Hintergrund vorliegen muss. Das Thema institutioneller Rassismus war gestern und ist heute aktuell. Jeder, wenn man ganz abstrakt davon spricht, ist gegen Rassismus und Antisemitismus oder Homophobie. Ich rede jetzt nicht von Rechtsradikalen, sondern vom „Otto-Normal-Bürger“. Aber wenn es konkret wird, machen sich viele einen schmalen Fuß.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen tradierten Vorurteilen und dem politischen Rechtsruck? Gibt es Wechselwirkungen von der Mitte zum Rand – und umgekehrt?

Ich habe meine Zweifel beim Begriff der Mitte in diesem Kontext. Die Mitte, die ja qua Definition nicht rassistisch sein kann. Aber schauen Sie sich dann einen Mann wie Sarrazin an. Er ist sicherlich kein Nazi, aber er ist ein Rassist. Ein Rassist, dem Millionen Deutsche zustimmen. Wir haben eine neue gesellschaftlich akzeptierte Form von Rassismus, die nicht mehr biologistisch daherkommt, sondern kulturtheoretisch. Die sagt, die Religion der Muslime und der Juden ist archaisch, bei denen werden Tiere geschächtet und Jungs beschnitten. Diese Art von Argumentation verfängt, und zwar in der sogenannten Mitte. Deswegen muss die Mitte der Gesellschaft, darüber nachdenken, wie sie redet und handelt. Dieser Rechtsruck, den wir jetzt auch in Form von Wahlerfolgen haben, das ist der nachgeholt Ausdruck dessen, was erodiert ist an Werten. Ich bin verblüfft, wie Teile der Bevölkerung bereit sind, Werte, die dieses Land ausmachen, aufzugeben – oder nicht zu verteidigen. All das, was Europa ausmacht – das wäre auch meine Antwort auf Nationalismus und Rassismus – all das findet in diesem Land nicht die Verteidiger, die es braucht. Wir müssen uns fragen, in welchem Land wir leben wollen. Es betrifft das Selbstverständnis. Die Leute, die eine andere Flüchtlingspolitik wollen, die wollen auch eine andere Europapolitik, eine andere Frauen- und Bildungspolitik. Die wollen ein Deutschland schaffen, das es so nicht einmal in den 1950er Jahren gab. Wir können über alles diskutieren, aber wir dürfen nicht alles zur Disposition stellen, was uns als offene Gesellschaft im Kern ausmacht. Wir müssen unsere Demokratie verteidigen, jeden Tag auf das Neue.

Das Interview mit Mehmet Daimagüler in voller Länge findet ihr unter: www.gelbehand.de

„Verkehrung der europäischen Grundwerte“

Der DGB positioniert sich klar gegen Seehofers Asylpläne



Im Asylstreit zwischen Innenminister Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel, sowie im danach vorgestellten Masterplan Migration des Innenministers war von „Transitzentren“ die Rede, von nationalen Lösungen und von Abschottung der europäischen Außengrenzen. Der DGB und Mitgliedsgewerkschaften sehen diese Maßnahmen bekämpft werden“, sagte der DGB-Chef dem Wirtschaftsnachrichtenportal Business Insider. Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied und zuständig für Migrationspolitik, äußerte sich in einem Gastkommentar der Frankfurter Rundschau ebenfalls deutlich: „Die von den Unionsparteien nun geforderten „Transitzentren“ sind nichts anderes als geschlossene Lager zur Zurückweisung von Flüchtlingen an der deutschen Außengrenze.“ Konsequenz umgesetzt würde damit das Schengen-Abkommen, eine wesentliche Säule

der Europäischen Union, zerstört. „In der ‚Festung Europa‘ geht es darum, die Zugbrücken schnell und möglichst geräuschlos hochzuziehen und flüchtende Menschen draußen zu halten“, kritisierte Buntenbach. Dies alles sei eine „Verkehrung der europäischen Grundwerte von Humanität und Menschenwürde.“

Die Stadtverbände Düsseldorf und Bielefeld des DGB NRW unterstützten in diesem Sinne den Aufruf der Initiative Seebrücke, die am 21. Juli Demos in Bielefeld und Düsseldorf organisierte, mit dem Ziel auf das Sterben im Mittelmeer aufmerksam zu machen und den Fokus auf Solidarität und Menschlichkeit zu setzen. DGB NRW-Vorsitzende Anja Weber betonte, dass Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte weiterhin gelten müssten: „Wir müssen uns darauf besinnen, um was es geht: um Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Sie haben ein Recht auf Schutz und eine ernsthafte Prüfung ihrer persönlichen Umstände.“ Die GdP hält die Einrichtung von „Transitzentren“ an der deutsch-österreichischen Grenze nicht nur humanitär fraglich, sondern auch rechtlich und praktisch für nicht machbar. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft

der Polizei (GdP) Jörg Radek sagte dem Nachrichtenender Welt TV, „Transitzentren“ könne es nach EU-Recht nur an EU-Außengrenzen mit Grenzkontrollen geben. Dazu gehörten in Deutschland nur die Flug- und Seehäfen, aber nicht die Grenze zu Österreich, so der GdP-Vize, zugleich Vorsitzender der GdP in der Bundespolizei: „An der Binnengrenze ist die Einreise mit Überschreiten der Grenzlinie vollzogen, es kann dort keinen Transitbereich geben.“ Auch sei die Arbeit in „Transitzentren“ keine Aufgabe der Bundespolizei.



Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender (l.) und Annelie Buntenbach, DGB-Bundesvorstandsmitglied (r.).

(Foto: DGB/Simone M. Neumann)

„Transitverfahren haben keinen praktischen Mehrwert“

Drei Fragen an den Asylexperten Dr. Ralph Göbel-Zimmermann, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Wiesbaden



Ralph Göbel-Zimmermann, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Wiesbaden

Inmitten des politischen Machtkampfes in Berlin geriet die Sachfrage nach den politischen und rechtlichen Notwendigkeiten einer europäischen Migrations- und Asylpolitik immer mehr in den Hintergrund. Polemische Schlagworte wie „Asyltourismus“ und „Transitzentren“ dominierten die Debatte. Aber was verbirgt sich dahinter und wie sind die Vorschläge des Innenministers Seehofer inhaltlich zu bewerten? Unser Fördermitglied Ralph Göbel-Zimmermann ist ein bundesweit renommierter Asyrechtsexperte und erklärt sachlich die wesentlichen Eckpunkte.

1. Was sind die bestehenden rechtlichen Grundlagen zur Asylpolitik in Europa?

Grundlage ist zunächst hinsichtlich der Bestimmung der Zuständigkeit des jeweiligen EU-

Mitgliedsstaats die sog. Dublin III-Verordnung. Kurz gesagt, derjenige Staat ist zuständig, wo der Flüchtling als erstes europäischen Boden betreten hat, also überwiegend die Mittelmeeranrainerstaaten. Das heißt, gelangen die Flüchtlinge nach Deutschland, müssten diese „Dublin-Fälle“ aus Deutschland zurück in den zuständigen Staat. Es gibt aber Ausnahmen bei der Rückführung: aus familiären Gründen, bei Minderjährigen, bei Überschreitung von Überstellungsfristen und bei einem Selbsteintritt aus humanitären Gründen sowie bei einem systemischen Versagen des Asylsystems in dem zunächst zuständigen Mitgliedstaat. Das Dublin-System ist allerdings momentan, auch wegen der unzumutbaren Belastung z.B. Italiens und Griechenlands und fehlender Übernahme der Verantwortung u.a. durch Ungarn, sowie der verstärkten Sekundärmigration von Flüchtlingen und spontanen Binnenwanderungen nicht mehr funktionstüchtig und sollte deshalb dieses Jahr durch eine reformierte Dublin-IV-Verordnung abgelöst werden. Weitgehend durch europäische Richtlinien vereinheitlicht sind auch die Standards für die Zuerkennung des internationalen Flüchtlingsstatus sowie die Asylverfahrens- und Aufnahmebedingungen.

2. Inwiefern sind Zurückweisungen an der Grenze, wie vom Innenminister angedacht, rechtlich möglich?

Nach dem Europäischen Flüchtlingsrecht besteht die Grundregel, dass jeder Antrag eines Schutzsuchenden an der Grenze geprüft

werden muss. Danach ist durch Abfrage der gespeicherten Fingerabdrücke in der europäischen Datenbank EURODAC zu ermitteln, ob bereits in einem anderen Mitgliedstaat ein Antrag gestellt bzw. ein Verfahren durchgeführt wurde. Danach ist das Überstellungsverfahren einzuleiten. Transitzone, basierend auf einer „Nichteinreisefiktion“, so wie sie mit der Flughafenregelung bestehen, sind an den Schengen-Binnengrenzen mit dem Schengen-Recht, insbesondere den Grenzkodex, unvereinbar und nach den europäischen Asylregelungen rechtswidrig. Das EU-Recht hat Vorrang vor dem nationalen Recht. Behörden und Gerichte dürfen das nationale Recht nicht anwenden, wenn es gegen EU-Recht verstößt.

3. Was für einen Mehrwert hätte die Einrichtung von „Transitzentren“ an der Grenze zu Österreich?

Eine reine bayuwarische Showveranstaltung und Symbolpolitik. Wie die 1000 zusätzlichen bayrischen Grenzbeamten ohne entsprechend Befugnisse zur Zurückweisung. Es handelte sich bislang an den drei offiziellen Grenzposten zu Österreich, wo Kontrollen durchgeführt wurden, um eine Handvoll Flüchtlinge pro Tag. Die Flüchtlingstrecks vom Herbst 2015 gehören der Vergangenheit an. Ich sehe keinen praktischen Mehrwert eines Transitschnellverfahrens an der Grenze.

Das Interview mit dem Migrationsexperten Ralph Göbel-Zimmermann in voller Länge findet ihr auf www.gelbehand.de.

Nachhaltig aktiv im Betrieb

Projekt der Gelben Hand mit der Rheinbahn und Evonik

„Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt“ heißt das Projekt der Gelben Hand, das seit Oktober 2017 läuft und sich rein auf die betriebliche Berufsausbildung konzentriert. Gefördert wird das Projekt durch das Förderprogramm des Bundesfamilienministeriums „Demokratie leben“. Ziel ist es, in Partnerbetrieben maßgeschneiderte Module im Bereich Antirassismus, Konfliktlösung und Demokratie für die berufliche Ausbildung zu entwickeln und zu implementieren. Dies geschieht momentan in zwei Partnerbetrieben, der Evonik Industries in Marl und der Rheinbahn AG in Düsseldorf. Dort befinden sich die ersten Konzepte für die betriebliche Berufsausbildung in der Entwicklung. Projektreferentin Nele Rüter ist dafür im Austausch mit den Personalverantwortlichen, den Ausbildern und den Mitbestimmungsorganen. „Nachdem ich das Projekt vorgestellt habe, haben wir eine Bestandsaufnahme gemacht. Das heißt, wir haben die vorhandene Ausbildung analysiert und festgelegt, wie in dem jeweiligen Betrieb die Module umgesetzt werden können“, erklärt Nele Rüter. Beide Betriebe führen immer wieder Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch. „Dass die Themen nun zu festen Ausbildungsbestandteilen werden, ist die logische Konsequenz aus ihrem Interesse gewesen, Facharbeiterinnen- und -arbeiter auszubilden, die auch zu den Themen Antirassismus, Konfliktlösung und Demokratie entsprechende Kompetenzen erwerben. Dies ist für die Zusammenarbeit mit vielen verschiede-



nen Menschen wichtig.“ Die Themen und die Tatsache, dass die Ausbildungsmodule auf den jeweiligen Betrieb passgenau konzipiert werden, wird durchweg bei allen Projektbeteiligten sehr gut aufgenommen: „Die Zusammenarbeit ist sehr angenehm, da wir ein gemeinsames Ziel verfolgen – Diskriminierung abzubauen und Demokratie nachhaltig zu fördern!“ Das Projekt „Aktiv im Betrieb“ ist daher für weitere Partnerbetriebe offen, die zusammen mit der Gelben Hand diese Themen nachhaltig und passgenau in die Ausbildung integrieren möchten. Am Ende sollen die individuellen Beispiele in den Projektbetrieben als Handlungshilfen dienen, wie man grundsätzlich Antirassismus-Arbeit in Betrieben umsetzen kann.

Mehr Infos zum laufenden Projekt unter: www.gelbehand.de/aktivimbetrieb

Gewerkschaft, ja bitte!

Broschüre des Monats

Das neu erschienene Handbuch des IG-Metall-Kollegen und Fördermitglieds der Gelben Hand, Hartmut Meine, „Gewerkschaft, ja bitte! Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive“ soll die praktische Arbeit von Betriebsräten, Vertrauensleuten sowie Jugend- und Auszubildendenvertreterinnen und -vertretern als Teil aktiver Gewerkschaftsarbeit im Betrieb unterstützen. Im ersten Teil werden die Grundlagen der Betriebs-, Tarif- und Gesellschaftspolitik entwickelt sowie die Schutz- und Gestaltungsfunktion von Gewerkschaften erläutert. Der zweite Teil behandelt die praktische Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. In den Kapiteln zur Gesellschaftspolitik werden die Grundwerte der Gewerkschaften illustriert, und in Abgrenzung die Ideologie der Rechtsextremen dargestellt, so dass auf dieser Grundlage Handlungsmöglichkeiten für die betriebliche Praxis im Umgang mit rechtem Gedankengut entwickelt werden können. Als Good-Practice führt Meine auch den Kumpelverein als gewerkschaftliches Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an.

Bestellen kann man das Handbuch unter: <https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/gewerkschaft-ja-bitte/>



Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnten wir neue Fördermitglieder gewinnen. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für die Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Beate Bockelt**, IG BCE, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates bei Sanofi, Neu-Isenburg
2. **Oliver Boron**, Hagen
3. **Walter Brinkmann**, ver.di, Betriebsratsvorsitzender bei der Deutschen Telekom GmbH, Detmold
4. **Sascha Brüggemann**, IG BAU, Gewerkschaftssekretär Bezirksverband Bochum-Dortmund, Dortmund
5. **Holger Eisenhardt**, ver.di, Gewerkschaftssekretär in der Bundesverwaltung, Berlin
6. **Laura Fancello**, IG BCE, Mitglied im IG BCE Interkultureller Bundesarbeitskreis, Sachbearbeiterin beim Kumpelverein, Essen
7. **Claudia Gerbig**, IG BCE, Betriebsrätin, stellv. VKL, Worms
8. **Robert Günthner**, Leiter der Abteilung Politische Planung beim DGB Bayern, Rosenheim
9. **Sarah Hammes**, IG Metall, Bildungsreferentin im IGM Bildungszentrum Sprockhövel, Duisburg
10. **Tobias Henke**, ver.di, Jugendsekretär in Einarbeitung, Hamburg
11. **Michael Hoeboer**, ver.di, Solingen
12. **Holger Hollnack**, IG Metall, Betriebsratsvorsitzender bei ThyssenKrupp Business Services GmbH, Duisburg
13. **Irini Isho**, IG Metall, Initiative Respekt, Wiesbaden
14. **Karl-Josef Laumann**, IG Metall, Vorsitzender der CDA, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Riesenbeck
15. **Barbara Ludwig**, GEW, Stadtverordnete Ober-Ramstadt, Ober-Ramstadt
16. **Katja Oltmanns**, Wulften
17. **Gerhard Renziehausen**, Kalefeld
18. **Michael Schönwiese**, IG BCE, Betriebsratsvorsitzender BASF Coatings, Münster
19. **Bastian Szesny**, IG Metall, Studierender, Mitglied im Orts- und Bezirksjugendausschuss der IGM Lübeck, Hamburg
20. **Stefan Tiedtke**, ver.di, wissenschaftlicher Mitarbeiter der HVHS Springe, Hannover
21. **Sebastian vom Bruch**, ver.di, Dorsten
22. **Werner Weidemann**, IG BCE, Betriebsrat Contrans Logistics, Korbach
23. **Alexandru Zidaru**, NGG, Sekretär zur Ausbildung, Dortmund

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Vorstand: Giovanni Pollice (IG BCE), Romin Khan (ver.di), Ricarda Scholz (DGB), Kai Venohr (DGB-Bildungswerk), Holger Vermeer (IG BAU)

Verantwortlich für den Inhalt:

Giovanni Pollice

Koordination:

Dr. Klaudia Tietze

Redaktion:

Marco Jelic

Fotos: FES NRW, Gelbe Hand, Wikimedia Commons, DGB

Verlag und Produktion:

Setzkasten GmbH
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
www.setzkasten.de
Tel.: 0211-40 800 900

Zuschriften/Kontakt:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 4 30 11 93
info@gelbehand.de

Web:

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand